

Gründler, Klaus; Potrafke, Niklas; Schlepper, Marcel

Article

Von Energiepreiskrise zum Energiekrieg: So würden die deutschen Ökonominnen und Ökonomen handeln

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gründler, Klaus; Potrafke, Niklas; Schlepper, Marcel (2022) : Von Energiepreiskrise zum Energiekrieg: So würden die deutschen Ökonominnen und Ökonomen handeln, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 75, Iss. 11, pp. 54-57

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/272074>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Klaus Gründler, Niklas Potrafke und Marcel Schlepper

Von der Energiepreiskrise zum Energiekrieg

So würden die deutschen Ökonominen und Ökonomen handeln

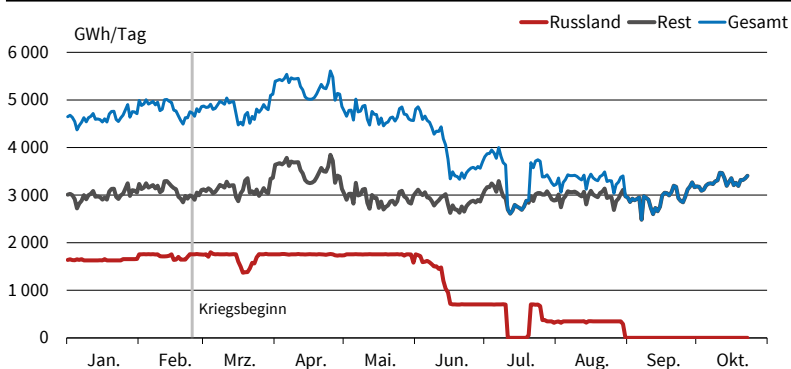
IN KÜRZE

Das 40. Ökonomenpanel von ifo und FAZ, an dem 178 Professorinnen und Professoren teilnahmen, widmet sich den gegenwärtigen Entwicklungen auf den Energiemärkten. Die Ökonominen und Ökonomen sehen die Bundesregierung bei der Ausweitung des Energieangebots in der Pflicht. Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ist die präferierte Maßnahme zur Ausweitung des Strom- und Gasangebots. Eine deutliche Mehrheit der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen befürwortet weitere Entlastungen für die Haushalte, insbesondere in Form von Energiegeldern. Mit Blick auf die Entlastung von Betrieben, die Verstaatlichung von Energieversorgungsunternehmen und die Einführung einer Übergewinn-/Zufallsgewinnsteuer zeichnet sich keine klare Mehrheit bei den Teilnehmenden ab.

Im Zuge des Angriffskriegs auf die Ukraine und der Sanktionen der EU hat Russland die Gaslieferungen nach Europa sukzessive reduziert. Bis zum 24. Februar 2022 betrug der russische Anteil an den deutschen Gasimporten mit etwa 1 700 Gigawattstunden (GWh) pro Tag ungefähr 35% (vgl. Abb. 1). Bis Ende Mai blieben die Gaslieferungen aus Russland auf diesem Niveau bestehen und wurden anschließend sukzessive zurückgefahren. Seit Ende August 2022 fließt kein russisches Gas mehr nach Deutschland. Im September 2022

wurden zudem die beiden Pipelines Nord Stream 1 und 2 durch Sabotage zerstört. Durch die hohe Abhängigkeit Deutschlands vom russischen Gas führte der Lieferstopp zu einer drastischen Verknappung von Gas und einer Preisexplosion auf dem Energiemarkt. Der Gaspreis im Großhandel betrug Anfang des Jahres noch weniger als 80 Euro/MWh und stieg in den ersten Kriegswochen auf fast das Dreifache des Vorkriegswertes. Nach dem russischen Lieferstopp stieg der Gaspreis kontinuierlich von Juni bis August auf mehr als 300 Euro/MWh an. In den vergangenen Wochen kam es, auch durch gefüllte Gasspeicher und einen Rückgang der Produktion, zu einer leichten Entspannung am Gasmarkt. Daten des Vergleichsportals Verivox zeigen jedoch, dass die Entspannung im Großhandel nicht vollständig bei den Haushalten ankommt. Bei Neuverträgen betragen die Kosten je Kilowattstunde Gas im November weiterhin das Doppelte im Vergleich zum Februar (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2022). Diese Preisentwicklung belastet Haushalte und Betriebe gleichermaßen. Die daraus resultierende gesellschaftliche und wirtschaftliche Destabilisierung ist das Ziel der russischen Handlungen, so dass die Bundesregierung mittlerweile von einem Energiekrieg spricht. Um die Belastungen für Haushalte und Betriebe zu mildern, hat die Bundesregierung drei Entlastungspakete im Volumen von insgesamt rund 95 Mrd. Euro beschlossen. Ein weiteres, schuldenfinanziertes 200-Mrd.-Paket hat die Bundesregierung am 29. September 2022 angekündigt. Das 40. Ökonomenpanel von ifo und FAZ widmet sich den gegenwärtigen Entwicklungen auf den Energiemärkten. Die Umfrage war vom 27. September bis zum 4. Oktober 2022 im Feld. Insgesamt nahmen 178 Professorinnen und Professoren der Volkswirtschaftslehre daran teil.

Abb. 1
Deutsche Gasimporte 2022



Quelle: Bundesnetzagentur.

© ifo Institut

ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN SEHEN BUNDESREGIERUNG BEI AUSWEITUNG DES ENERGIEANGEBOTS IN DER PFLICHT

81% der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen geben an, dass der Fokus der Bundesregierung im Umgang mit den gestiegenen Strom- und Gaspreisen auf einer Ausweitung des Angebots liegen sollte, etwa durch die Erschließung neuer Energiequellen

(vgl. Abb. 2). Eine ähnlich hohe Zustimmung finden wirtschaftspolitische Maßnahmen, die Anreize für Einsparungen bei Haushalten (77%) und bei Betrieben (69%) setzen. Der Anteil der Ökonominen und Ökonomen, die den Fokus der Bundesregierung primär in der Entlastung von Haushalten (53%) bzw. Betrieben verorten (41%), ist hingegen deutlich niedriger.

Zur Ausweitung des Strom- und Gasangebotes in Deutschland unterstützen 81% der Ökonominen und Ökonomen den Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke über 2022 hinaus (vgl. Abb. 3). Weitere populäre Maßnahmen sind der Abbau von Regularien, die den Ausbau erneuerbarer Energien erschweren (74%), der Bau weiterer LNG-Terminals (71%) und der Ausbau der Übertragungsnetze im Strombereich (70%). 61% der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen befürworten den Einkauf von Flüssiggas »auch aus autokratischen Staaten« wie etwa Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Weniger als die Hälfte der Ökonominen und Ökonomen unterstützt die Wiederinbetriebnahme von abgeschalteten Kohlekraftwerken (47%), die finanzielle Förderung von erneuerbaren Energien (44%) und die Aufhebung des Fracking-Verbots in Deutschland (42%).

EHER ENTLASTUNG DER HAUSHALTE ALS DER BETRIEBE

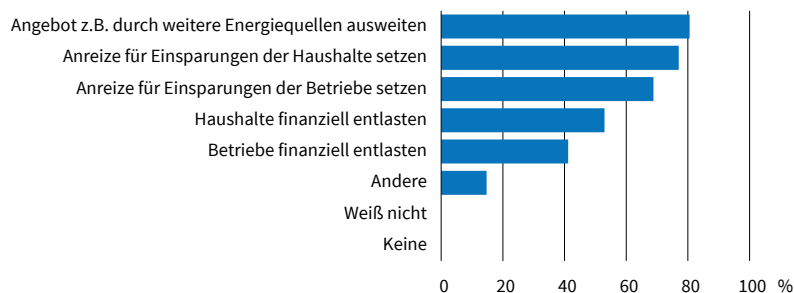
Obwohl sie es nicht als höchste Priorität für die Bundesregierung sehen, spricht sich mit 83% eine große Mehrheit der Ökonominen und Ökonomen für weitere Entlastungen der Haushalte von den hohen Energiekosten aus. Eine Vielzahl der Befürworterinnen und Befürworter fordert zugleich eine Beschränkung der Entlastung auf bestimmte Personengruppen, zum Beispiel auf Beziehende von unteren und mittleren Einkommen. Einige Ökonominen und Ökonomen merken an, dass die Entlastung nur für einen Grundbedarf an Energie gelten sollte, da es notwendig sei, die Nachfrage durch die Erhaltung der preisbedingten Anreize weiter zu reduzieren. Entsprechend ist die Unterstützung für einen Strom- und Gaspreisdeckel, bei dem der Staat den Preis für eine festgelegte Menge von Strom und Gas festlegt und darüberhinausgehende Kosten trägt, unter Ökonominen und Ökonomen äußerst niedrig (vgl. Abb. 4). Nur 14% der Ökonominen und Ökonomen, die sich generell für eine Entlastung aussprechen, favorisieren diese Maßnahme. Demgegenüber unterstützen 68% der Befragten die Zahlung von Energiegeldern. Durch die Transferzahlungen würde über die höheren Steuersätze von gutverdienenden Haushalten sichergestellt, dass die Entlastung insbesondere bei bedürftigen Haushalten ankäme.

Eine Mehrheit der Ökonominen und Ökonomen spricht sich auch für weitere Entlastung der Betriebe von hohen Energiekosten aus (vgl. Abb. 5). Die Unterstützung für Entlastungen der Betriebe ist im Vergleich zu Haushalten deutlich verhaltener (-29 Pro-

Abb. 2

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Auf welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollte sich die Bundesregierung Ihrer Meinung nach im Umgang mit den drastisch gestiegenen Strom- und Gaspreisen fokussieren? [Mehrfachnennungen möglich]



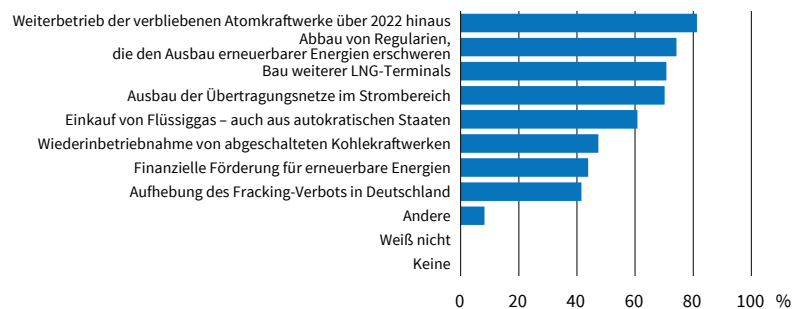
Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2022.

© ifo Institut

Abb. 3

Ausweitung des Strom- und Gasangebots

Welche der folgenden Maßnahmen unterstützen Sie, um eine Ausweitung des Strom- und Gasangebots in Deutschland zu erreichen? [Mehrfachnennungen möglich]



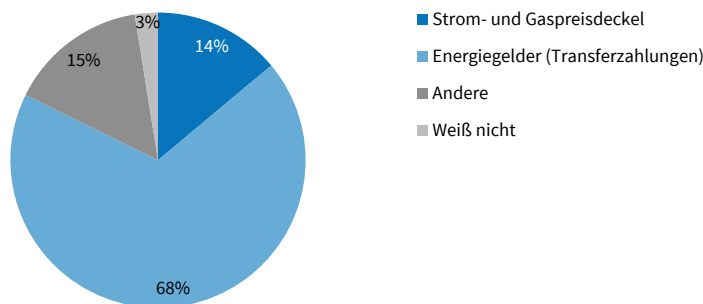
Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2022.

© ifo Institut

Abb. 4

Form der Haushaltsentlastungen

Wenn Sie weitere Entlastungen für Haushalte befürworten, geben Sie bitte an: In welcher Form sollten Haushalte Ihrer Meinung nach entlastet werden?



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2022.

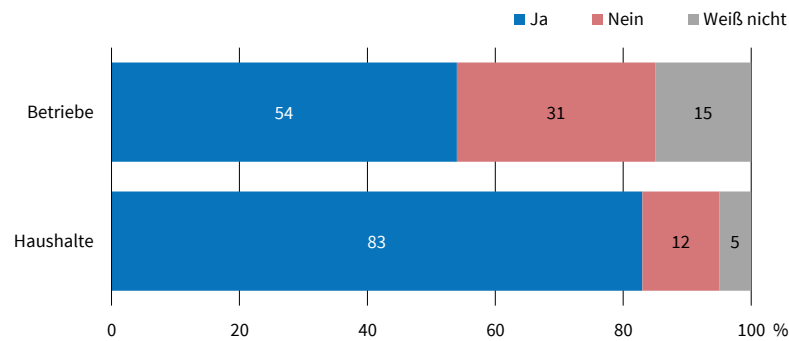
© ifo Institut

zentpunkte). 31% der Ökonominen und Ökonomen sind gegen weitere Entlastungen von Betrieben. Die Befürworterinnen und Befürworter zielen bei den Entlastungen von Betrieben auf sehr unterschiedliche Zielgruppen ab. Einige Teilnehmende unterstützen Entlastungen für energieintensive Betriebe, andere hingegen sehen die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Fokus. Wieder andere fordern Unterstützung bei Liquiditätsproblemen und für Unternehmen, die in Folge der hohen Energiepreise von Insolvenz bedroht sind. Vielfach forderten die Öko-

Abb. 5

Entlastungen

Sollten Betriebe/Haushalte weitere Entlastungen von den hohen Energiekosten erhalten?



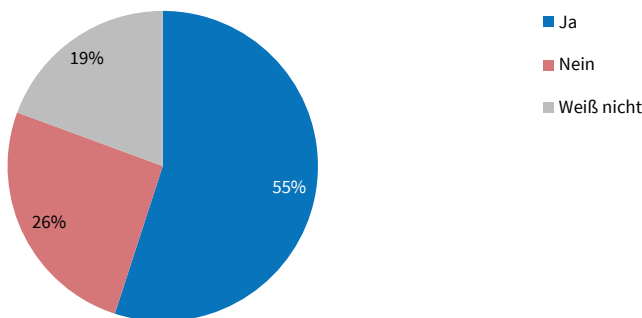
Quelle: Ökonomenpanel 2022.

© ifo Institut

Abb. 6

Verstaatlichungen

Sollten Ihrer Meinung nach durch die Energiekrise angeschlagene Energieversorgungsunternehmen verstaatlicht werden?



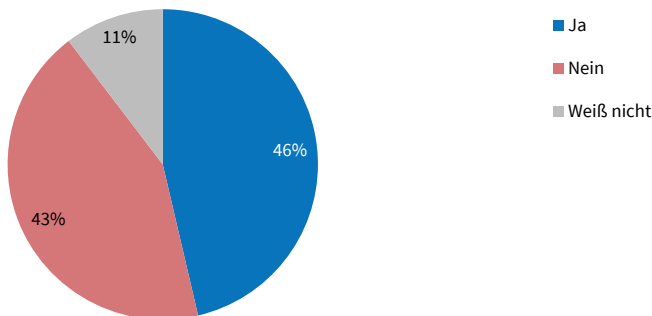
Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2022.

© ifo Institut

Abb. 7

Übergewinn-/Zufallsgewinnsteuer

Unterstützen Sie die Einführung einer Übergewinn-/Zufallsgewinnsteuer für die Produzenten von erneuerbaren Energien, Kern- und Kohleenergie?



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2022.

© ifo Institut

nominnen und Ökonomen, dass Entlastungen nur in Form von Krediten erfolgen und keine Anreize zum Energiesparen ausgehebelt werden sollten.

KNAPPE MEHRHEIT FÜR VERSTAATLICHUNGEN VON ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN

Mit Blick auf die durch die Energiekrise angeschlagenen Energieversorgungsunternehmen unterstützen 55% der Ökonominnen und Ökonomen eine Verstaatlichung (vgl. Abb. 6). Die Befürworterinnen und

Befürworter einer Verstaatlichung sehen diese als alternativlos zur Sicherung der Versorgung und zur Verhinderung von Dominoeffekten an. Sie weisen auf die besondere Situation und betonen, dass die gegenwärtigen Schiefagen kein Ausdruck von Ineffizienzen seien. Im Vergleich mit anderen Maßnahmen sehen sie bei einer Verstaatlichung positiv, dass der Staat in den Unternehmen ein Mitspracherecht erwerbe und seinen Anteil nach Ende der Krise – gegebenenfalls wie bei der Lufthansa mit Gewinn – verkaufen könne. Die Befürworterinnen und Befürworter schränken mit Blick auf die Verstaatlichungen ein, dass die Systemrelevanz ein notwendiges Kriterium sei. Dem gegenüber lehnen 26% der Ökonominnen und Ökonomen auch in der aktuellen Energiekrise eine Verstaatlichung ab, 19% sind sich unsicher. Sie verbindet eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Staat als Unternehmer, da dieser unter Effizienz- und Anreizproblemen leide. Statt Verstaatlichungen befürworten sie Kredite und Subventionen für die angeschlagenen Unternehmen, um die Versorgung mit Energie weiter zu gewährleisten.

ÜBERGEWINN-/ZUFALLSGEWINNSTEUER SPALTET DIE PROFESSION

Die Frage nach der Einführung einer Übergewinn-/Zufallsgewinnersteuer für die Produzenten von erneuerbaren Energien, Kern- und Kohleenergie spaltet die Profession der Ökonominnen und Ökonomen. Während 46% der Ökonominnen und Ökonomen eine solche Steuer unterstützen, wird sie von 43% abgelehnt (vgl. Abb. 7). Befürworterinnen und Befürworter der Steuer verweisen auf den enormen Finanzierungsbedarf für die angedachten Entlastungen und fordern, dass die von den hohen Energiepreisen profitierenden Unternehmen einen Beitrag zur Bewältigung der Energiekrise leisten sollen. Zudem führen sie die Gewinne nicht auf eine gute Unternehmensführung, sondern auf den russischen Angriffskrieg zurück. Durch die Einführung der Steuer im Kontext dieser Ausnahme-situation erwarten die Befürworterinnen und Befürworter keinen Einfluss auf Incentivierungen am Markt und künftige Investitionen in erneuerbare Energien. Demgegenüber verweisen die Skeptiker der Steuer auf die Schwierigkeit, Übergewinne zu definieren und von »normalen« Gewinnen abzugrenzen. Sie sehen die Gefahr eines Präzedenzfalls für die künftige Abschöpfung von Übergewinnen. Zudem sei die Steuer ihrer Ansicht nach rechtlich schwierig zu implementieren, setze falsche Anreize und erzeuge Unsicherheit.

19 VON 20 ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN ERWARTEN REZESSION IN DEUTSCHLAND

Für den kommenden Winter erwartet etwa die Hälfte der Ökonominnen und Ökonomen weder Blackouts noch die Rationierung von Strom und Gas (47%). Allerdings rechnet ein signifikanter Anteil der Ökono-

minnen und Ökonomen mit Blackouts oder Rationierungen (33%) oder ist sich unsicher (20%). Bei dem Wirtschaftsausblick für Deutschland sind sich die Teilnehmenden einig: 94% erwarten, dass Deutschland in Folge der Energiepreiskrise in eine Rezession rutscht. Die Ökonominnen und Ökonomen haben damit ähnlich pessimistische Erwartungen wie die deutschen Unternehmen. Der ifo Geschäftsklimaindex rutschte

im September und im Oktober jeweils auf die tiefsten Werte seit Beginn der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020.

LITERATUR

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2022), »Energie in Deutschland – in täglich aktualisierten Grafiken«; verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/stromerzeugung-und-energiepreise-so-hart-trifft-die-krise-deutschland-18232227.html>, aufgerufen am 24. Oktober 2022.